ONLINEKOMMENTAR
DER FREI ZUGÄNGLICHE
RECHTSKOMMENTAR

KOMMENTIERUNG ZU

Art. 222 SchKG

Eine Kommentierung von Selim Marasco-Keller
Herausgegeben von Bruno Pasquier / Michel Heinzmann

Stand der Bearbeitung: 16.01.2026
PDF erstellt am: 06.10.2026
DOI: 10.17176/20260116-120627-0

ZITIERVORSCHLAG

Selim Marasco-Keller, Kommentierung zu Art. 222 SchKG, in: Pasquier Bruno/Heinzmann Michel (Hrsg.), Onlinekommentar zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs

Kurzzitat: OK-Marasco-Keller, Art. 222 SchKG N. XXX.

B. Auskunfts- und Herausgabepflicht

Art. 222

[1] Der Schuldner ist bei Straffolge verpflichtet, dem Konkursamt alle seine Vermögensgegenstände anzugeben und zur Verfügung zu stellen (Art. 163 Ziff. 1 und 323 Ziff. 4 StGB).

[2] Ist der Schuldner gestorben oder flüchtig, so obliegen allen erwachsenen Personen, die mit ihm in gemeinsamem Haushalt gelebt haben, unter Straffolge dieselben Pflichten (Art. 324 Ziff. 1 StGB).

[3] Die nach den Absätzen 1 und 2 Verpflichteten müssen dem Beamten auf Verlangen die Räumlichkeiten und Behältnisse öffnen. Der Beamte kann nötigenfalls die Polizeigewalt in Anspruch nehmen.

[4] Dritte, die Vermögensgegenstände des Schuldners verwahren oder bei denen dieser Guthaben hat, sind bei Straffolge im gleichen Umfang auskunfts- und herausgabepflichtig wie der Schuldner (Art. 324 Ziff. 5 StGB).

[5] Behörden sind im gleichen Umfang auskunftspflichtig wie der Schuldner.

[6] Das Konkursamt macht die Betroffenen auf ihre Pflichten und auf die Straffolgen ausdrücklich aufmerksam.

GLIEDERUNG

I. Vorbemerkungen 3
II. Pflichten des Schuldners 3
A. Auskunfts- und Herausgabepflicht (Art. 222 Abs. 1 und 2 SchKG) 3
1. Grundsatz und persönlicher Anwendungsbereich 3
2. Gegenstand der Auskunfts- und Herausgabepflicht 4
B. Pflicht, Räumlichkeiten und Behältnisse zu öffnen (Art. 222 Abs. 3 SchKG) 4
III. Pflichten Dritter, insbesondere Banken (Art. 222 Abs. 4 SchKG) 5
1. Grundsatz und Anwendungsbereich 5
2. Voraussetzungen der Auskunftspflicht 5
IV. Auskunftspflicht von Behörden 6
Literaturverzeichnis 6

I. VORBEMERKUNGEN

1 Art. 222 SchKG regelt die Auskunfts- und Herausgabepflicht im Konkurs. Diese Bestimmung bezweckt die umfassende und lückenlose **Erfassung der Konkursmasse** zur gleichmässigen Gläubigerbefriedigung.[1] Die Auskunfts- und Herausgabepflicht ist neben der Präsenzpflicht (Art. 229 SchKG) und der Forderungsüberprüfungspflicht (Art. 244 SchKG) die einzige positive Pflicht des Schuldners im Konkursverfahren.[2]

2 Der Schuldner wie auch Dritte sind auf die Straffolgen bei Verletzung der Auskunftspflicht aufmerksam zu machen (Art. 222 Abs. 6 SchKG). Die Androhung der Straffolgen ist eine objektive Strafbarkeitsbedingung.[3]

II. PFLICHTEN DES SCHULDNERS

A. Auskunfts- und Herausgabepflicht (Art. 222 Abs. 1 und 2 SchKG)

1. Grundsatz und persönlicher Anwendungsbereich

3 Nach Art. 222 Abs. 1 SchKG ist der Schuldner bei Straffolge verpflichtet, dem Konkursamt alle seine Vermögensgegenstände anzugeben und zur Verfügung zu stellen.

4 In **persönlicher Hinsicht** ist der Schuldner von der Auskunfts- und Herausgabepflicht erfasst. In Bezug auf den in der Praxis wichtigen Anwendungsfall von Gesellschaften im Konkurs gilt Folgendes:[4]

- **Aktiengesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung und Genossenschaft**: Auskunfts- und Herausgabepflichtig sind die Organe der Gesellschaft (vgl. Art. 30 Abs. 1 KOV).[5] Auch eine allfällige Revisionsstelle ist erfasst.[6]
- **Kollektiv- und Kommanditgesellschaft**: Auskunfts- und herausgabepflichtig sind die unbeschränkt haftenden Gesellschafter, welche anwesend und zur Geschäftsführung befugt sind (vgl. Art. 30 Abs. 1 KOV).
- **Verein**: Auskunfts- und herausgabepflichtig sind die Vorstandsmitglieder.[7]
- **Stiftung**: Auskunfts- und herausgabepflichtig sind die Mitglieder deren Organe (d.h. insbesondere der Stiftungsrat).[8]

5 Ausgeschiedene bzw. gelöschte Organe bleiben für Vorgänge bis zu ihrem Ausscheiden bzw. bis zu ihrer Löschung auskunftspflichtig.[9] Ebenso erfasst werden faktische Organe.[10]

6 Die Befragung weiterer Mitarbeiter ohne Organstellung durch das Konkursamt ist möglich, zumindest solange das Konkursamt informell (d.h. ohne Strafandrohung) vorgeht.[11]

---

1. BGE 146 III 435 E.4.1.2; KUKO-Krüsi, Art. 222 SchKG N. 1; BSK-Lustenberger/Schenker, Art. 222 SchKG N. 3.
2. BGer 5A_633/2014 vom 6.1.2015 E. 2.3; Kren Kostkiewicz, N. 1875; CR LP-Vouilloz, Art. 222 LP N. 2.
3. Heinel, S. 1144.
4. KUKO-Krüsi, Art. 222 SchKG N. 2; BSK-Lustenberger/Schenker, Art. 222 SchKG N. 4a
5. KUKO-Krüsi, Art. 222 SchKG N. 2; BSK-Lustenberger/Schenker, Art. 222 SchKG N. 4a.
6. Vgl. dazu: Dike Komm. KOV-Rüetschi/Schrober, Art. 30, N. 9.
7. KUKO-Krüsi, Art. 222 SchKG N. 2; BSK-Lustenberger/Schenker, Art. 222 SchKG N. 4a.
8. KUKO-Krüsi, Art. 222 SchKG N. 2; BSK-Lustenberger/Schenker, Art. 222 SchKG N. 4a.
9. KUKO-Krüsi, Art. 222 SchKG N. 2; BSK-Lustenberger/Schenker, Art. 222 SchKG N. 4a; Dike Komm. KOV-Rüetschi/Schrober, Art. 30, N. 8.
10. KUKO-Krüsi, Art. 222 SchKG N. 2; BSK-Lustenberger/Schenker, Art. 222 SchKG N. 4a.
11. Obergerichtskommission Obwalden AbR 2009/09 Nr. 16 vom 15.7.2009, S. 105 ff.

7 Ist der Schuldner gestorben oder geflohen, treffen diese Obliegenheiten seine erwachsenen Hausgenossen (Art. 222 Abs. 2 SchKG).

2. Gegenstand der Auskunfts- und Herausgabepflicht

8 Der Inhalt der Auskunfts- und Herausgabepflicht des Gemeinschuldners entspricht der Pflicht des Schuldners im Pfändungsverfahren (Art. 91 SchKG; vgl. dazu (OK-Marasco-Keller, Art. 91 SchKG N. 10 ff.).[12] Sachlich handelt es sich um eine **umfassende Auskunfts- und Herausgabepflicht** in Bezug auf Vermögenswerte aller Art.[13] Sie betrifft nicht nur die eigentlichen Vermögenswerte sondern auch alle Dokumente, die notwendig sind, um die entsprechenden Vermögenswerte erhältlich zu machen.[14] Die Auskunftspflicht erstreckt sich auf alle Auskünfte, die geeignet sind, die Existenz, den Umfang und gegebenenfalls den Standort der Vermögenswerte zu bestimmen.[15]

9 In **zeitlicher Hinsicht** kann das Konkursamt Auskünfte in Bezug auf Geschäfte verlangen, die innerhalb der Verdachtsperiode für paulianische Anfechtungsklagen (d.h. **bis zu fünf Jahre zurückliegend**) erfolgt sind. Diese für das Pfändungsverfahren etablierte Rechtsprechung (vgl. OK-Marasco-Keller, Art. 91 SchKG N. 16) gilt auch im Konkurs.[16] Das Konkursamt muss für Auskünfte, die sich auf die fünfjährige Verdachtsperiode beziehen, deshalb auch keine besondere Dringlichkeit darlegen und keinen Verdacht auf möglicherweise anfechtbare Geschäfte nachweisen.[17]

10 Auch über im Ausland befindliche Vermögenswerte hat der Schuldner (unter Strafandrohung) Auskunft zu geben.[18] Der Schuldner kann jedoch *nicht* unter Strafandrohung gezwungen werden, die sich im Ausland befindlichen Vermögenswerte für die Konkursmasse erhältlich zu machen.[19]

11 Eine weitere Konkretisierung der Auskunftspflicht findet sich in Art. 37 KOV, welcher den Gegenstand der Einvernahme durch das Konkursamt (nicht abschliessend[20]) definiert. Gemäss dieser Bestimmung hat das Konkursamt den Schuldner insbesondere über seine bekannten Gläubiger, laufende Prozesse, bestehende Versicherungsverträge, allfällige Vermögensansprüche von Kindern sowie über seine militärische Stellung einzuvernehmen.

12 Es steht dem Schuldner nicht zu, die Auskunft mit dem Hinweis auf eine behauptete Unpfändbarkeit zu verweigern.[21] Auch über vermeintliche Kompetenzstücke und Vermögenswerte, an denen Dritte Ansprüche geltend machen, ist deshalb Auskunft zu erteilen.[22]

13 Der Schuldner kann sich auch nicht auf ein Berufs- oder Geschäftsgeheimnis berufen, um die Auskunft zu verweigern.[23]

B. Pflicht, Räumlichkeiten und Behältnisse zu öffnen (Art. 222 Abs. 3 SchKG)

14 Der Schuldner hat dem Konkursbeamten auf Verlangen Räumlichkeiten und Behältnisse zu öffnen. Nötigenfalls kann der Konkursbeamte dazu Polizeigewalt in Anspruch nehmen (Art. 222 Abs. 3

12. KUKO-Krüsi, Art. 222 SchKG N. 2.
13. BGE 146 III 435 E.4.1.2.
14. BGE 146 III 435 E.4.1.2.
15. BGE 146 III 435 E.4.1.2.
16. BGer 5A_459/2024 vom 27.9.2024 E. 3.2.
17. Vgl.zu Art. 91 SchKG: BezGer ZH CB160036-L/U vom 13.5.2016 E. 4, abrufbar: https://www.arrestpraxis.ch/entscheide/art-271-schkg/allgemeines/pruefungsbefugnis-auskunftspflicht/, besucht am 8.10.2025.
18. OGer ZH PS170270 vom 10.01.2018 E. 4; BSK-Lustenberger/Schenker, Art. 222 SchKG N. 3.
19. Staehelin, S. 281; CR LP-Vouilloz, Art. 222 LP N. 3.
20. BSK-Lustenberger/Schenker, Art. 222 SchKG N. 7.
21. OGer ZH PS170270 vom 10.01.2018 E. 4.

SchKG). Die Polizeigewalt kann grundsätzlich umgehend (d.h. ohne weiteren Gerichtsbeschluss) in Anspruch genommen werden (OK-Marasco-Keller, Art. 91 SchKG N. 22 ff.).[24] Das Konkursamt entscheidet über den Beizug der Polizei, hat dabei aber das Verhältnismässigkeitsprinzip zu beachten.[25]

III. PFLICHTEN DRITTER, INSBESONDERE BANKEN (ART. 222 ABS. 4 SCHKG)

1. Grundsatz und Anwendungsbereich

15 Dritte, die Vermögensgegenstände des Schuldners verwahren oder bei denen dieser Guthaben hat, sind im gleichen Umfang auskunfts- und herausgabepflichtig wie der Schuldner selbst (Art. 222 Abs. 4 SchKG).

16 Der Begriff des Dritten ist weit zu verstehen und umfasst insbesondere auch **Berufsgeheimnisträger**. Das Bank- oder Anwaltsgeheimnis berechtigt nicht, die Auskunft über Vermögenswerte des Schuldners zu verweigern (OK-Marasco-Keller, Art. 91 SchKG N. 25).

17 Auch der Begriff des Guthabens ist weit zu verstehen. Umfasst sind nicht nur klassische "Bankguthaben", sondern sämtliche Forderungen des Schuldners gegenüber Dritten. Erfasst sind beispielsweise auch die nach Art. 260 SchKG abgetretenen Ansprüche, da der Abtretungsgläubiger in diesem Fall über einen Vermögenswert verfügt, dessen Inhaberin die Konkursmasse bleibt.[26]

2. Voraussetzungen der Auskunftspflicht

18 Damit das Konkursamt einen Dritten zur Auskunft verpflichten kann, benötigt es einen **Verdacht**, dass der Dritte tatsächlich über Vermögenswerte verfügt. Anders als in der Pfändung wird ein Konkurs jedoch öffentlich bekannt gemacht und mit der Bekanntmachung werden alle Drittschuldner (unter Strafandrohung) aufgefordert, sich beim Konkursamt zu melden (Art. 232 Abs. 2 SchKG).

19 Es ist umstritten, ob Banken nach der Konkurspublikation von sich aus (und damit systematisch) Informationen an die Konkursämter liefern müssen.[27] Da Art. 232 Abs. 2 SchKG dem Bankgeheimnis vorgeht,[28] gibt es nach der vorliegend vertretenen Auffassung keinen Grund, Banken im Vergleich zu anderen Drittschuldnern bevorzugt zu behandeln. In der Praxis informieren Konkursämter die Banken in der Regel mit konkreten Auskunftsbegehren über die Konkurseröffnung, weshalb es sich in erster Linie um ein theoretisches Problem handelt.

20 Ist ein Dritter zur Auskunft verpflichtet, entspricht diese Auskunftspflicht inhaltlich derjenigen des Schuldners (Art. 222 Abs. 4 SchKG).[29] Erfasst sind alle Informationen, welche Rückschlüsse auf die Vermögenslage des Schuldners zulassen.[30]

---

22. OGer ZH PS170270 vom 10.01.2018 E. 4; KUKO-Krüsi, Art. 222 SchKG N. 5; SK-Schober/Avdyli-Luginbühl, Art. 222 SchKG N. 3.
23. BGer 6B_175/2007 vom 24.8.2007 E. 5.3; CR LP-Vouilloz, Art. 222 LP N. 4.
24. zu Art. 91 SchKG: BGer 5A_859/2011 vom 21.5.2012 E. 3.4.2; SK-Winkler, Art. 91 SchKG N. 26.
25. KUKO-Krüsi, Art. 222 SchKG N. 14.
26. BGer 5A_459/2024 vom 27.09.2024 E. 3.2.
27. BSK-Lustenberger/Schenker, Art. 222 SchKG N. 17; **ablehnend**: Bovey, p. 74; **offengelassen**: AB GE, BlSchK 2007, S. 25 ff.
28. BGE 94 III 83 E. 8; BSK-Hagenstein, Art. 324 StGB N. 11.
29. BGE 146 III 435 E.4.1.2.
30. BGer 5A_459/2024 vom 27.9.2024, E. 3.2.; Bovey, p. 72.

21 Ein Drittschuldner hat dem Konkursamt sämtliche Dokumente und Informationen offenzulegen, die er dem Schuldner selbst aufgrund seines Verhältnisses zum Schuldner (z.B. gemäss Art. 400 OR) offenlegen müsste.[31]

22 Gestützt auf Art. 222 SchKG kann das Konkursamt auch von einem Abtretungsgläubiger Auskünfte über nach Art. 260 SchKG abgetretene Forderungen verlangen.[32]

IV. AUSKUNFTSPFLICHT VON BEHÖRDEN

23 Behörden sind im gleichen Umfang auskunftspflichtig wie der Schuldner (Art. 222 Abs. 4 SchKG). Die konkursrechtliche Auskunftspflicht geht dem Amtsgeheimnis vor.[33] Erfasst sind **alle Behörden**. Es spielt dabei keine Rolle, ob es sich um eine Bundes-, Kantons- oder Gemeindebehörde handelt, oder in welchem Bereich die Behörde tätig ist (vgl. dazu OK-Marasco-Keller, Art. 91 SchKG N. 32 ff.).[34]

24 Die Auskunftspflicht von Behörden gilt nur soweit sie sich auf Informationen bezieht, die für das Konkursverfahren wesentlich sind. Darüberhinausgehende Anfragen an Behörden sind unzulässig.[35]

LITERATURVERZEICHNIS

Bovey Grégory, L' Obligation des tiers de renseigner l'office des pousuites et des faillites (art. 91 al. 4 et 222 al 4 LP), in: JdT 2009 II, p. 62 ff.

François Vouilloz, Commentaire de l'art. 222 LP, in: Foëx Bénédict/Jeandin Nicolas/Braconi Andrea/Chappuis Benoît (eds.), Commentaire Romand, Poursuite et faillite (LP), 2 édition, Basel 2025 (zit. CR LP- Vouilloz).

Hagenstein Nadine, Kommentierung zu Art. 323 StGB, in: Niggli Marcel Alexander/Wiprächtiger Hans (Hrsg.), Basler Kommentar, Strafrecht (StGB/JStGB), 4. Aufl., Basel 2018 (zit. BSK StGB-Hagenstein).

Heinel Bastian, Mitwirkungspflichten bei der Konkursmassenfeststellung, in: SJZ 118 (2022), S. 1141 ff.

Kren Kostkiewicz Jolanta, Schuldbetreibungs- und Konkursrecht, 4. Aufl., Zürich 2024.

Krüsi Benno, Kommentierung zu Art. 222 SchKG, in: Hunkeler Daniel (Hrsg.), Kurzkommentar, Schuldbetreibungs- und Konkursrecht, 3. Aufl., Basel 2025 (zit. KUKO- Krüsi).

Lustenberger Urs/Sergej Schenker, Kommentierung zu Art. 222 SchKG, in: Staehelin Daniel/Bauer Thomas/Lorandi Franco (Hrsg.), Basler Kommentar, Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs, 3., Aufl. 2021 (zit. BSK SchKG-Lustenberger/Schenker).

Rüetschi Sven/Schrober Roger, Kommentierung zu Art. 30 KOV, in: Milani Dominik/Wohlgemuth Marc (Hrsg.), Verordnung über die Geschäftsführung der Konkursämter (KOV) Kommentar, 2016 (zit. Dike Komm. KOV-Rüetschi/Schrober)

Schober Roger/Avdyli-Luginbühl Monika, Kommentierung zu Art. 222 SchKG, in: Kren Kostkiewicz Jolanta/Vock Dominik (Hrsg.), Schulthess Kommentar, Kommentar zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs, 4. Aufl., Zürich 2017 (zit. SK-Schober/Avdyli-Luginbühl).

31. BGE 146 III 435 E.4.1.2 (Bank); OGer ZH, ZR 1956, Nr. 27 (Anwalt).
32. BGer 5A_459/2024 vom 27.9.2024 E. 3.2.
33. BSK-Lustenberger/Schenker, Art. 222 SchKG N. 18; KUKO-Krüsi, Art. 222 SchKG N. 11; BGE 124 III 170 (zu Art. 91 Abs. 4 SchKG).
34. Heinel, S. 1144; CR LP-Vouilloz, Art. 222 LP N. 19.
35. SK-Schober/Avdyli-Luginbühl, Art. 222 SchKG, N.10.

Staehelin Daniel, Die internationale Zuständigkeit der Schweiz im Schuldbetreibungs- und Konkursrecht, AJP 1995, S. 259 ff.